

# Pozener Tageblatt



**Berufspreis:** In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4,- zl mit Rundgang in Polen 4.40 zl, in der Provinz 4.80 zl. Bei Postversand monatlich 4.40 zl, vierteljährlich 18.10 zl. Unter Streifband in Polen und Danzig monatlich 6,- zl Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rml. Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung oder Arbeitsminderung besteht kein Anspruch auf Nachhebung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des "Pozener Tageblatts" Poznan, Aleja Marysi, Bieludzkiego 2b, zu richten. — Telegrammadress: Tageblatt Poznan Postschrein: Poznan Nr. 210/283, Breslau Nr. 6184. (Konto: Concordia Sp. Akc.) Fernsprecher 6105, 6275.

**Anzeigenpreis:** Die 34 mm breite Millimeterzeile 10 gr, Textteil-Millimeterzeile (68 mm breit) 70 gr Blatzvorchrift und schwieriger Satz 50 % Aufschlag. Überpreisgebühr 50 Gruppen Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskripts. — Anschrift für Anzeigenanträge. *Pozener Tageblatt* Anzeigen-Abteilung Poznan 3 Alles Warszawa Piastowski 2b. — Postcheckkonto in Polen: Concordia Sp. Akc. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Poznan Nr. 20288, in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsamt auch für Zahlungen Poznan. — Fernsprecher 6275, 6105.

76. Jahrgang

Poznan (Polen), Sonnabend, 3. April 1937

Nr. 75

## Kommunistische Wühlereien in Polen

Warszaw, 1. April.  
In Wilna wurde auf Anordnung des Wojewoden eine jüdische Druckerei geschlossen, deren Leitung in den Händen von Kommunisten lag, und die sich mit der Verteilung kommunistischer Druckschriften beschäftigte.

In Lemberg wurde ein jüdischer „Dramatischer Klub“ wegen kommunistischer Betätigung geschlossen.

Von Kommunisten ausgehende Arbeitslosen demonstrierten am Mittwoch vor dem Staatlichen Arbeitsvermittlungsbüro in Warschau. Im Verlaufe dieser kommunistischen Kundgebungen wurden mehrere Straßenbahnen beschädigt. Die Polizei zerstreute die Demonstranten, die sich immer wieder neu zu formieren versuchten, und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor.

## Auflösung der Lodzer Stadtverordnetenversammlung

Der Innenminister hat auf Grund der Vorschriften des Selbstverwaltungsgesetzes durch Entschied vom 31. März die Lodzer Stadtverordnetenversammlung aufgelöst. Zur Begründung wird u. a. die Nichtbezahlung des Budgets die Nichtbeschaffung sämtlicher Anleihen und Ruhestörung während der Beratungen angegeben. Die Magistratsgeschäfte sollen in Zukunft von einem Beirat und einem vorläufigen Vorstand geführt werden.

## Aufdeckung einer Militärverschwörung in der Sowjetunion

Die Rigaer ATE berichtet aus Moskau: Am 20. März d. J. kam die SPU einer Verschwörung der Offiziere der Bezirke Leningrad und Rjew auf die Spur, die gegen Stalin, Kaganowitsch und Tscharkow gerichtet war. Die näheren Untersuchungen ergaben, daß auch die Offiziere der Schwarzen Meer-Flotte und der Baltikum-Flotte an dieser Verschwörung teilnahmen.

Am 24. März fand in Moskau eine Beratung von Offizieren des Generalstabes statt, an der außer dem Marshall Woroschilow und höheren Offizieren mit Marshall Jegorow an der Spitze der Kommandant des Weißrussischen Kriegsbezirks, Ubarewitsch, der Kommandant des Kiewer Bezirks, Jakir, und der Kommandant des Leningrader Bezirks, Kort, teilnahmen. Im Laufe der Beratungen wurde vor allem die politische Stimmung im Heere erörtert. Auf Antrag Woroschilows soll in allen Militärbezirken eine Aktion zur Untersuchung der politischen Überzeugungen der jungen Offiziere und Unteroffiziere durchgeführt werden. Der Kommandant des Kriegsbezirks von Leningrad soll Gegenstand scharfer Angriffe von Seiten Woroschilows und Jegorow deshalb gewesen sein, weil er es zur Verschwörung kommen ließ. Wie ein Bericht des Politischen Büros gezeigt habe, soll er auch eine Zunahme der für den Trotzkismus günstigen Stimmungen unter der jungen Generation der Offiziere geduldet haben. Es ist bedeutsam, daß in der Sowjetpresse über dieses Thema keine Nachricht erschienen ist.

## Die Türkei will nicht an der Weltausstellung teilnehmen

Ankara, 31. März.  
Die türkische Regierung hat im Hinblick auf den Konflikt um den Sandbach von Aleksandrette einen sehr bemerkenswerten Beschluss gefasst. Wie es heißt, wird sie „aus technischen Gründen“ nicht an der Pariser Weltausstellung teilnehmen. Dagegen hat die türkische Regierung alle interessierten Kreise aufgefordert, die am 5. Juni in Laibach zur Eröffnung kommende Jugoslawische Messe zu besuchen.

## Umgestaltung des Kräftespiels in Südosteuropa

### Beginn der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad

Budapest, 1. April.  
Heute morgen trafen der tschechoslowakische Außenminister Dr. Krofta und der rumänische Außenminister Antonescu zur turnusmäßigen Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad ein. Der Empfang ging unter feierlichem Gepränge vor sich.

Stojadinowitsch und Kriegsminister Maritsch waren am Bahnhof erschienen, dazu die diplomatischen Vertreter der Kleinen Entente und des Balkanbundes, auch der französische Geschäftsträger. Ehrenkompanien waren aufgestellt und es wurden die drei Nationalhymnen gespielt, Krofta empfing sofort nach seiner Ankunft die Journalisten. Er betonte, es seien von der Konferenz keine Sensationen zu erwarten.

Zweck der Konferenz werde ausschließlich die Vertiefung und nicht die Lockerung des Freundschaftsverhältnisses der Staaten der Kleinen Entente bilden.

Die Belgrader Presse ihrerseits aber erklärte ausschlußlich, das Grundproblem der Konferenz werde die Frage der Regelung der Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Ungarn und Österreich darstellen. Die Kleine Entente werde bestehen, solange die Grundlagen des europäischen Friedens nicht gefunden seien.

Kurze Zeit nach der Ankunft der beiden Außenminister nahm die Konferenz gegen 10 Uhr 30 Minuten ihren Anfang. Die drei Außenminister der Kleinen Entente traten im Belgrader Außenministerium zur ersten Besprechung eines Fragenkomplexes zusammen, dessen grund-

sätzliche Bedeutsamkeit die Augen der europäischen politischen Welt mehr als nördem auf das diesmalige Klein-Entente-Treffen richtet läßt.

Es handelt sich heute in Belgrad um das Beispiel von Entscheidungen, das eine politische Umgestaltung des europäischen Kräftespiels im Süden einzuleiten scheint. Darauf lassen auch die Presse-Douvertüren schließen, die das Belgrader Treffen begleiten. Ganz offen erkennbar wurde hierbei, daß Frankreich sich heute an der Donau infolge der geographischen, politischen, wirtschaftlichen und moralischen Unnatur seiner Südostschöpfung in eine offensichtlich hoffnungslose Verteidigungsstellung gedrängt sieht.

Belgrad, 1. April.  
Die drei Außenminister der Kleinen Entente hatten am Donnerstag vormittag im Belgrader Außenministerium mehrere Besprechungen. In Kreisen der Konferenz der Kleinen Entente verlautet daß diese erste Fühlungnahme der drei Minister einem grundähnlichen Meinungsaustausch über die Tagessordnung gewidmet gewesen sei. Dann habe Dr. Stojadinowitsch die Bedeutung des jugoslawisch-bulgariischen und des jugoslawisch-italienischen Abkommens erläutert.

Greifbare Ergebnisse seien erst für den zweiten Tag der Konferenz zu erwarten, die Freitag abend mit der Veröffentlichung der amtlichen Mitteilung über die Konferenzergebnisse abgeschlossen wird.

## Frankreichs Einfluß in Südosteuropa im Schwinden

### Paris sieht besorgt nach Belgrad

Paris, 2. April.

Die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad beschäftigt am Freitag einen großen Teil der Pariser Morgenblätter. Im großen und ganzen ist man mit der politischen Entwicklung auf dem Balkan nicht zufrieden, und zum Teil gibt die Presse misstrauisch zu,

der französische Einfluß im Süden Europas im Schwinden zu sein scheint.

„Echo de Paris“ schreibt unter der Überschrift „Konföderation in Mitteleuropa“, die drei Staaten der Kleinen Entente hätten nun zu dem französischen Vorschlag eines gegenseitigen Beitandes Stellung zu nehmen. Bisher sei Frankreich nur mit der Tschechoslowakei gebunden, mit Rumänien und Jugoslawien bestünden nur politische Abkommen. Im November v. J. habe Frankreich vorgeschlagen, diese wechselseitigen Abmachungen auf alle drei Staaten der Kleinen Entente auszudehnen und dasselbe Ziel habe auch Titulescu bis zu seinem Sturz verfolgt.

Der Wind habe sich inzwischen jedoch gedreht. Rumänien und Jugoslawien wünschten heute nur noch Frankreich, und wenn möglich England an ihrer Seite zu sehen, falls Sie angegriffen würden. Sie hätten jedoch nicht die Absicht, diesen Beitstand durch eine Vermehrung ihrer Pflichten im Donauraum zu bezahlen, besonders, was eine Annäherung von Jugoslawien und Rumänien an die Tschechoslowakei mit der Spitze gegen Deutschland betrifft.

Eine weitere Folge eines gegenseitigen Abkommens würde aber auch eine Annäherung an Sowjetrußland sein müssen, die sowohl von Rumänien wie auch von

Jugoslawien aus innerpolitischen Gründen nicht gewünscht werde.

Demnächst werde sich Beneich zum Prinzenregenten Paul nach Belgrad begeben, und er werde dort ebenfalls wichtige Besprechungen mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten haben. Er werde Stojadinowitsch im Verlaufe dieser Besprechungen darauf aufmerksam machen, daß das ganze System der Kleinen Entente seine Solidarität verlieren müsse, falls sich die drei Staaten endgültig dazu entschließen sollten, den französischen Vorschlag abzulehnen.

Das „Oeuvre“ erwartet von der Belgrader Konferenz selbst keine entscheidenden Beschlüsse. Die Lösung der Fragen der Kleinen Entente hänge von dem bevorstehenden Besuch Beneichs in Jugoslawien ab und von seinen Besprechungen mit Stojadinowitsch.

Wenn man ehrlich sein wolle, müsse man sagen, daß die drei Staaten der Kleinen Entente in keiner Frage eine gemeinsame Haltung ihren Nachbarn gegenüber einnehmen.

Alles in allem könne man feststellen, daß das Fundament der Kleinen Entente eine vollkommene Wandlung seit ihrer Gründung erfahren habe. Man könne fast sagen, die Kleine Entente habe mit dem Leben abgeschlossen, zum mindesten aber für den Augenblick.

Weniger pessimistisch ist der „Figaro“, wenn er meint, die Beziehungen der drei Länder untereinander seien trotz allem ebenso eng wie früher, und die Gemeinsamkeit der Interessen, die in dem Abkommen von 1919 zwischen den drei Staaten zum Ausdruck gebracht worden sei, bestehe heute vielleicht in größerem Maße als dies manche glauben wollten.

## Segen oder Fluch?

Von Axel Schmidt.

Der Londoner „Star“ behauptet, der englische Außenminister Eden hätte bei der Besprechung mit König Leopold von Belgien eine Abschuhr erhalten. Auf dem Empfang in der belgischen Botschaft habe sich Eden an den König mit den Worten gewandt: „Nehmen wir an, daß einer der drei, die Neutralität Belgiens garantierenden Staaten Belgien besetzt, um dessen Unabhängigkeit zu schützen.“ Hierauf nun soll der belgische König die ablehnende Antwort erwidert haben: „Warten Sie, bis wir Sie rufen.“

Dieses Gespräch erscheint in doppelter Hinsicht interessant. Vorerst nämlich, indem König Leopold, ganz wie es Deutschland tut, die These der belgischen Neutralität nach allen Seiten vertreten. Zweitens aber wird England als derjenige Staat hingestellt, der die belgische Neutralität verleben könnte, wenn auch in der Absicht, damit anderen Mächten zuvorzukommen. König Leopold gab dem englischen Außenminister diese Antwort wohl nicht zuletzt deshalb, weil, wie erinnerlich, selbst der vorsichtige Baldwin seinerzeit nicht die Kreidesseen von Dover als die Grenze Englands bezeichnete, sondern den Rhein. Das aber konnte Baldwin nur tun, wenn er Belgien als das natürliche Aufmarschgelände Englands ansah. Spät, aber um so unmissverständlich, hat jetzt Belgien diese Ansicht Baldwins korrigiert.

Auch der Bericht des „Star“ zeigt, welches Gewicht England der belgischen Neutralität beilegt. Es gibt nur zwei andere internationale Probleme, die für England das gleiche Gewicht besitzen: die freie Durchfahrt durch das Mittelmeer und die Wahrung der britischen Interessen im Fernen Osten.

Um nicht, wie bei dem Abessinienkonflikt, untätig dastehen zu müssen, hat England jetzt sieberhaft zu rüsten begonnen. Trotzdem fragt der Mann auf der Straße in London, ob es nötig sei, in den nächsten Jahren je acht Milliarden Zloty für Wehrzwecke auszugeben. Zwar fühlt auch der Engländer, daß Japans wachsende Macht und Italiens vermehrtes Gewicht im Mittelmeer der britischen Außenpolitik nicht geringe Sorgen bereiten. Um die breiten Massen der Bevölkerung in England zu gewinnen, wird außerdem — man denkt nur an die Reden des Kriegsministers Duff Cooper und W. Churchill — immer wieder von der englischen Presse Deutschland als der mögliche Störenfried bezeichnet. Es wird als der große Unzufriedene hingestellt, der heute Kolonien beansprucht, morgen Österreich anschließt oder die Tschechoslowakei oder Litauen angreift will. Diese wenig freundliche Stellungnahme gegenüber Deutschland überrascht um so mehr, als die Berliner Regierung durch das Angebot des Flottenabkommens tatsächlich den einzigen Streitpunkt zwischen beiden Staaten weggeräumt hat.

Schaut man sich den englischen Rüstungsplan im einzelnen an, so erkennt man, daß die Flotte nach wie vor das Rückgrat der britischen Machtstellung gegenüber Italien und Japan bilden soll. Die Luftflotte, die jetzt an die zweite Stelle vor das Landheer gerückt ist, soll freilich vor allem Deutschland ein Paroli bieten können. Der Londoner Korrespondent des „B. B.“ faßt seine Ansicht über die englische Außenpolitik in die folgenden Worte zusammen: „Dass sich der britische Rüstungsplan im einzelnen gegen

# Hansestadt Lübeck auf Preußen übergegangen

## Feierlicher Staatsakt im Rathaus

Lübeck, 1. April.

Die alte und freie Hansestadt Lübeck ist am Donnerstag auf das Land Preußen übergegangen. Dem feierlichen Staatsakt wohnte auch Reichsinnenminister Dr. Frick bei, der bereits am Mittwochabend in Hamburg die Inkraftsetzung des Gesetzes über Groß-Hamburg und den Übertritt der drei preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg sowie einer Reihe preußischer Gemeinden an den neuen Stadtverband vollzogen hatte. Auch in Lübeck wurde der Minister von der Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung empfangen, als er durch die festlich geschmückten Straßen zum Rathaus fuhr.

Im altherwürdigen Audienzsaal des Rathauses hatten sich die Vertreter der Partei und ihrer Gliederungen, der Wehrmacht, der Behörden und der Wirtschaft eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Drehslor hieß den Reichsinnenminister und die übrigen Gäste willkommen und gab einen Überblick über die ruhmreiche 800jährige Geschichte der Stadt Lübeck. Er schilderte dann, wie durch die Entwicklung der Verhältnisse sich die wirtschaftliche Bedeutung Lübecks allmählich verringerte. Erst durch die großen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung sei die Stadt wieder gefundet. In Wirtschaft und Kultur stelle sie eine Hauptvermittlerin zwischen Deutschland und den Völkern des baltischen Raumes dar. Der Oberbürgermeister schloß mit dem Gelöbnis, daß die Stadt in der neuen Stellung ihre altrüberkommenen Aufgaben in bewährtem Geiste erfüllen werde, und legte das Steuer der Hansestadt Lübeck in die Hand des Reichsinnenministers als des Sachwalters des Führers.

Nach dem Oberbürgermeister nahm Reichsminister Dr. Frick das Wort. Er kennzeichnete in seiner Rede die staatspolitische Bedeutung der jetzigen Reform und erklärte:

"An die Stelle des Gegeneinander zwischen dem Reich und den Ländern ist das

große Mit- und Füreinander, an die Stelle der Vielheit der Länder die im Reich eine Nation, an die Stelle des Bundesstaates der Einheitsstaat getreten.

Die Mitglieder des Reichs: Länder — Provinzen — oder künftige Reichsgaue sind staatliche Verwaltungsbezirke und zugleich gebietskörperschaftliche Träger der Selbstverwaltung. Reich und Preußen sind sowohl staatsrechtlich wie praktisch zu einer unlöslichen Einheit zusammengeschweißt. Wenn das Gesetz über die Gebietsbereinigungen in der klaren Gesetzesprache des Dritten Reichs den geschichtlichen Vorgang, der heute Wirklichkeit geworden ist, in die knappen Worte faßt: "Das Land Lübeck geht auf das Land Preußen über", so bedeutet dies nichts anderes, als daß Lübeck im Reich aufgeht."

So fallen heute Grenzfähle und Schranken, die Lübeck von seinem natürlichen Hinterland und Wirtschaftsgebiet trennten und ein starkes Hindernis für die völlige Entwicklung der Kräfte Lübecks in seinem Wirtschaftsraum bildeten. Mit dem heutigen Tage ist die Einheit des auf festen und natürlichen Grenzen beruhenden lübischen Kulturs- und Wirtschaftsraumes hergestellt."

Dr. Frick vertraute schließlich Lübeck der Obhut des Abgeordneten der Provinz Schleswig-Holstein, Bohse, an und schloß nach einem Dank an den Reichstagsabgeordneten Hildebrandt mit den Worten: "Das Dritte Reich und sein Führer erwarten von Lübeck und den Bürgern dieser stolzen Hansestadt, die noch wie vor den Namen der Hanse führen wird, im Dienst der großen deutschen Volksgemeinschaft Befestigungen und Taten, die getragen sind vom alten lübischen Hanseatengeist. Nur die Form hat sich geändert; der alte Hanseatengeist soll bleiben. Über den Gemeinden, über den Bauen steht heute das nationalsozialistische Einheitsreich. Es lebe Deutschland! Es lebe mein Führer! Dem Führer Sieg-Heil!"

## Offene Feindseligkeit gegen die Indische Verfassung

Streik am Verfassungstage — Truppen alarmbereit

London, 1. April.

Mit dem heutigen Tage tritt in Indien der erste Teil der neuen Verfassung, die Provinzialautonomie, in Kraft. Burma (Provinz in Hinterindien) erhält seine eigene Verfassung und hört damit auf, zum indischen Reich zu gehören. Aben, das ebenfalls bisher als ein Teil Indiens regiert worden war, wird Englands neueste Kolonie. Zur Feier des ersten Tages der indischen Verfassung hat der englische König in seiner Eigenschaft als Kaiser von Indien eine Botschaft an das indische Volk gerichtet, in der es heißt, er könne diesen historischen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne seinen indischen Untertanen zu versichern, daß seine Gedanken und guten Wünsche heute in Indien weilen. "Mit dieser Verfassungsreform", schließt die Botschaft, "fängt für Indien ein neues Kapitel an, und es ist meine aufrichtige Hoffnung und mein ernstes Gebet, daß das indische Volk die mit der neuen Verfassung gegebenen Möglichkeiten weise und großmütig zu seinem eigenen dauernden Segen ausnutzen wird."

In schroffem Gegensatz dazu stehen die wenig freundlichen Meldungen aus

Indien. Von den frühen Morgenstunden an rieben Beamte der Kongresspartei überall zum Streik auf. In den meisten Städten blieben die Bazaare geschlossen. In Kalkutta und anderen Städten erschienen keine Zeitungen. Trotz des Demonstrationsverbotes mit Kundgebungen gerechnet wird, hat die Polizei umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, und die Truppen bleiben den Tag über in Alarmbereitschaft.

In letzter Stunde ist es gestern abend aber noch gelungen, Regierungen in zehn von den elf indischen Provinzen Zustande zu bringen. Trotz der Weigerung der Kongressmitglieder, an den Regierungen der sechs Provinzen mitzuarbeiten, in denen sie eine Mehrheit erzielt haben. In fünf dieser Provinzen sind daher Minderheitsregierungen gebildet worden, während in den sechsten, den "Zentralprovinzen", überhaupt noch keine Regierung zustande gekommen ist. Die übrigen Provinzen haben Koalitionsregierungen erhalten.

Wie aus Bombay gemeldet wird, hat die Kongresspartei für heute einen allgemeinen Trauertag, einen "Hartal", angeordnet, wie er in den Zeiten des schärfsten Konfliktes üblich war. Der Befehl ist auch befolgt worden. In Bombay waren die Effektenbörsen und zahlreiche Geschäfte die Zeitungshäuser, die Märkte und viele Baumwollfabriken geschlossen. Tausende von Kongressanhängern marschierten durch das Geschäftsviertel der Stadt, die Kongressflagge vor sich her tragend. Mehrfach wurde der Ruf laut: "Bojkottiert die Verfassung!" Agitatoren, die zum Zeichen der Trauer schwarze Armbinden trugen, fuhren durch die Stadt und gaben ebenfalls ihrer Feindseligkeit gegen die neue Verfassung Ausdruck. Im Laufe des Vormittags wurden in Delhi 25, in Bombay 6 Verhaftungen vorgenommen.

## Die englische Luftwaffe braucht 16500 Rekruten

London, 1. April.

Die englische Luftwaffe, die einen neuen Rekrutenfeldzug für das Jahr 1937 eröffnet hat, benötigt bis Ende dieses Jahres insgesamt 16 500 Rekruten. Danon sollen allein 1500 als Flugzeugführer eingestellt werden. Das Personal der englischen Luftwaffe ist seit dem Jahre 1935 bereits um 21 000 Mann verstärkt worden.

## Rom bleibt Krönungsparade fern

London, 1. April.

Wie der Flottenkorrespondent des "Daily Telegraph" meldet, wird an der Flottenschau in Spithead anlässlich der Krönung des englischen Königs kein italienisches Kriegsschiff teilnehmen. Italien sei eingeladen worden, ein Kriegsschiff zu entsenden. Die italienische Regierung habe sich aber nicht in der Lage gesehen, diese Einladung anzunehmen.

Über eine Unterredung zwischen dem italienischen Außenminister Graf Ciano und den englischen Botschafter in Rom am Mittwoch melden die Londoner Morgenblätter, daß die Aussprache sehr herzlich gewesen sei und wesentlich zu einer Entspannung zwischen England und Italien beitragen dürfte. Im Verlaufe der Aussprache beglückwünschte der englische Botschafter den italienischen Außenminister zum Abschluß des italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages. Im übrigen drehte sich die Aussprache um alle schwedenden Fragen, wobei auch die Nichteinmischungskrise einzbezogen gewesen sein dürfte. Dabei sollen sich Graf Ciano und Sir Eric Drummond auch darüber geeinigt haben, daß in Zukunft eine engere Führungnahme zwischen London und Rom im Interesse beider Länder höchst wünschenswert sei.

## Indische Sympathiekundgebung für die Kongreßpartei

London, 2. April.

Am Donnerstag abend versammelten sich die indischen Studenten in London zu einer Sympathiekundgebung für die Kongreßpartei in Indien. Es wurden mehrere Entschließungen angenommen, in denen unter anderem der britischen Presse der Vorwurf gemacht wird, der Depplichkeit ein falsches Bild von der Lage in Indien zu geben.

## Hongkong wird wieder befestigt

London, 2. April.

Der Korrespondent des "Daily Express" meldet, daß Hongkong im Rahmen eines Fünfjahresplanes wieder befestigt werde. Drei neue Forts würden noch vor 1938 fertig sein. Die Luftabwehrbatterien würden verdoppelt und einige Geschwader der britischen Luftwaffe nach Hongkong verlegt werden, sobald die notwendigen Bauarbeiten fertig seien.

## Besuch des französischen Verteidigungsministers in Manchester

London, 2. April.

In politischen Kreisen sieht man dem geplanten Besuch des französischen Verteidigungsministers, Daladier, in Manchester mit großem Interesse entgegen. Das Besuchsprogramm ist, soweit es sich um den Aufenthalt Daladiers in Manchester handelt, fertiggestellt.

Der offizielle Anlaß des Besuches Daladiers ist die Versammlung der "United Clation of Great Britain and France".

## Rakowski verhaftet

Nach Meldungen aus Moskau ist der ehemalige sowjetrussische Botschafter in London, Rakowski, wegen Teilnahme an der sogenannten Trotzkistenverschwörung verhaftet worden. Rakowski war bis in die letzten Tage in einer leitenden Stellung im Gesundheitsministerium tätig.

## Wieder Exmissionen!

Am 24. März wurde durch den Gerichtsvollzieher des Bürgergerichts in Strelno der Ansiedler Emil Krüger aus Trohnau, Kreis Mogilno, auf Grund eines durchgeföhrten Wiederaufbaus-Berfahrens eingekettet. Die Ansiedlung selbst war 8,25,58 Hektar groß. Die Ausübung des Wiederaufbaurechts erfolgte im Jahre 1925, d. h. also lange vor Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens. Aehnlich wie bei den übrigen in diesem Jahr erfolgten Exmissionen handelt es sich auch im Falle Krüger um die Anwendung des Wiederaufbaurechts im Erbsalle. Der Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens hat die Durchführung des Erbvertrages und die schon erfolgte Exmission nicht verhindern können. Der Wiederaufbaupreis, gerichtlich festgesetzt durch Urteil des Appellationsgerichts in Posen, betrug 4538,42 Zloty, und dem Exmittierten wurden nach Abzug der Kosten der Generalprokuratur und der Bank Köln 2249,50 Zloty ausgezahlt, das heißt also, die Ansiedlung von 8,25,58 Hektar ist mit einem Kaufpreis von 2249,50 Zl. bezahlt worden. Zu bemerken wäre, daß die seinerzeit von einem Sachverständigen des Ansiedlers durchgeföhrte Tage sich auf 23 113 Schweizer Franken beliefen.

Die Familie Krüger wurde mit Hilfe deutscher Nachbarn notdürftig in Strelno untergebracht. Ihr ist die Existenzgrundlage entzogen. Der geringe Wiederaufbaupreis reicht zur Neugründung einer Existenz nicht aus.

die Mächte richten, die am ehesten in der Lage sind, mit britischen Interessen in Konflikt zu kommen — sei es direkt, wie bei Japan und Italien, oder indirekt, wie bei Deutschland, mit dem Umweg über Paris und Moskau —, ist eine technische Selbstverständlichkeit. Der Grundgedanke aber ist, die britische Macht so zu verstärken, daß die Londoner Regierung die Erhaltung des Friedens erzwingen kann."

Augenblicklich dürften die italienischen Sorgen am stärksten die englische Politik beschäftigen. Diese Ansicht vertritt auch ein Aufsatz des "Svenska Dagbladet", der in Stockholm einiges Aufsehen erregte. Das schwedische Blatt ist nämlich auch der Meinung, daß Englands gewaltige Rüstungen auf die bitteren Erfahrungen der letzten Zeit zurückzuführen seien. Das jetzige Verhältnis zwischen Italien und England sei demjenigen zwischen Deutschland und England von dem Weltkriege zu vergleichen. Der Rüstungswettlauf zur See habe damals zur Entscheidung mit den Waffen geführt. Viele meinen, daß der neue Rüstungswettlauf zwischen England und Italien zu den gleichen Resultaten führen müsse. Man darf nicht vergessen, daß Frankreich nach Erfüllung seines Aufrüstungsprogramms ebenfalls auf dem Schachbrett des Mittelmeers sehr bald in Erscheinung treten werde. Frankreich bau in Mers-el-Kebir bei Oran in nächster Nähe von Gibraltar einen Flughafen auf der Insel Cypren im Osmittelmeer aus, wodurch Malta eine Entlastung erfahren. Um eine eventuelle Bedrohung türkischerseits zu vermeiden, wäre von London an Frankreich der Rat erteilt worden, so entgegenkommend als möglich gegenüber Ankara in der Aegäisfrage zu sein. So arbeiteten England und Frankreich im Mittelmeer zusammen und versuchten die Pläne Italiens, das mit gleicher Münze zu antworten pflegen, zu durchkreuzen. Der Leitartikel des "Svenska Dagbladet" schließt mit der Feststellung, daß der Weltfriede in weitem Maße von der machtpolitischen Entwicklung im Mittelmeer abhänge.

Es erscheint zwar durchaus glaubhaft, wenn England erklärt, daß sein Rüsten nur bezwecke, seine wichtigen Lebensadern zu sichern, um bei künftigen Gelegenheiten mit größerem Nachdruck mitsprechen zu können. Großbritannien, das rund ein Viertel der festen Erde besitzt, ist gewiß ein saturtierter Staat, der keinen neuen Landeverbrauch braucht. Man glaubt es England, daß es eine friedliche Vereinigung der Mittelmeerfragen und der Probleme des Jemen Ostens jeder kriegerischen Auseinandersetzung vorzieht. Ja, die Londoner Regierung wird kaum zögern, Italien sein neues koloniales Imperium zu garantieren, wenn es dafür die Sicherheit der Linie Gibraltar—Aben eintauchen könnte. Die Frage ist nur, ob es möglich sein wird, Englands freie Fahrt nach Indien mit der Bewegungsfreiheit Italiens in seinem neuen Imperium zu verbinden. Nach der Sprache der Presse beider Länder zu urteilen, erscheint für eine schnelle Verständigung zwischen beiden wenig Aussicht vorhanden. Das "Giornale d'Italia" betonte zwar, daß die Achse Berlin—Rom weder für Deutschland noch für Italien ein Hindernis sei, um mit England oder Frankreich zusammenzuarbeiten. Der Ton der übrigen italienischen Presse aber wird von Tag zu Tag schärfer gegen England. So erklärt die "Regime fascista", in London hoffen, sich nachträglich für das Zurückweichen im italienisch-abessinischen Konflikt rüchen zu können. Dort gönnen die Hochfinanz, die Demokratie, die Freimaurerei, das Judentum und die anglikanische Kirche Del in das Feuer der internationalen bolschewistischen Handlanger. Die englisch-französisch-sowjetrussische Dreiheit bereite im Schatten des Nichteinmischungsausschusses einen neuen Streit vor. England, Frankreich und Sowjetrußland hätten in London die Partie wieder zu spielen begonnen, die sie in Genf verloren hätten. Aber sie spielen mit der Kunst von Falschspielen und würden von Italien scharf überwacht. Es hat also nicht den Anschein, als ob das Gentleman Agreement zwischen England und Italien bereits den Ausgleich zwischen den beiden Staaten zustande gebracht hätte.

Es wäre von italienischer Seite verkehrt zu hoffen, daß England sein Rüsten finan-

Sonnabend, 3. April 1937

## Der nationale Großangriff auf Bilbao

### Rote Front durchbrochen

Paris, 1. April.

Die nationalspanischen Truppen haben, wie schon kurz berichtet, östlich von Bilbao eine neue Offensive aufgenommen, die mit großer Wucht vorgetragen wird. Die Flugwaffe hat Tonnen von Bomben auf die feindlichen Stellungen und die Zugangsstraßen zu den vordersten Linien abgeworfen, um zu verhindern, daß die Roten Verstärkungen heranholen. Währenddessen begleitete die nationale Artillerie die bolschewistischen Stellungen mit schwerem Feuer. Gleichzeitig begann die nationale Flotte mit der Beschießung der bolschewistischen Stellungen bei Lequeitio, einem Küstenort auf dem linken Flügel der bolschewistischen Verteidigungslinie.

**Das ganze Stadtgebiet von Bilbao ist durch diesen gleichzeitigen Land-, Luft- und Seeangriff der Nationalen in höchsten Alarmzustand versetzt worden.**

Die Nationalen haben nach ihrem ersten Sturm die bolschewistische Frontlinie im Osten Bilbaos an verschiedenen Stellen durchbrochen und sind etwa sechs Kilometer tief vorgestossen. Die Roten erlitten sehr schwere Verluste und mussten zahlreiche Maschinengewehre und Geschütze auf dem Kampffeld zurücklassen. Die Frontlinie der Bolschewisten, die im Norden bei dem Küstenort Lequeitio beginnt, verläuft nach Süden zwischen den Ortschaften Eibar und Durango hindurch nach Villareal im Kanfabrischen Gebirge.

Der Hauptstoß der nationalen Truppen richtet sich auf Durango, das etwa 30 Kilometer östlich von Bilbao liegt. Flieger, Artillerie, Tanks und Infanterie arbeiten an allen Ab schnitten gut zusammen und bemühen sich in erbitterten Kämpfen, die bolschewistischen Banden nach Norden abzudrängen. Gleichzeitig werden die erobernten, günstig gelegenen Bergstellungen gesichert.

Die nationalen Luftkreiskräfte unternahmen besonders schwere Bombenangriffe auf Durango. Im Laufe des heutigen Tages wurde der Ort zweimal von nationalen Fliegern angegriffen. Brandbomben verwüsteten zahlreiche Feuersbrünste. Die Bolschewisten melden selbst, daß etwa 200 Personen bei den Angriffen getötet und 150 schwer verletzt wurden. Einen bedeutsamen Erfolg erzielten ferner die Nationalen durch die Eroberung des Ortes José Tech, der nordöstlich von Villareal an einer wichtigen Zufahrtsstraße nach der baskischen Hauptstadt liegt. Bei der Eroberung der Ortschaft machten die Nationalen 100 Gefangene

und erbeuteten viele Gewehre und Maschinengewehre.

### Ein englischer Bericht

London, 2. April.

Von der Wucht des Angriffes der nationalen Truppen an der baskischen Front gibt ein Bericht des Sonderkorrespondenten der "Daily Mail" einen guten Eindruck. Der Berichterstatter schreibt, daß die Bolschewisten unter Leitung sowjetrussischer Fachleute in dem gebirgigen Gelände eine regelrechte Verteidigungsstellung mit zahlreichen Grabenystemen errichtet haben. Dennoch habe General Mola mit seinen Truppen nicht mehr als einen Tag gebraucht, um die jüngst angelegte Stellung zu stürmen. Der Angriff sei mit aufgesetztem Bajonet vor sich gegangen. Die Bolschewisten hätten große Verluste gehabt. Neben Gefangenen sei den Nationalen auch viel Kriegsmaterial in die Hände gefallen.

Die britische Regierung hat jetzt Staatschef General Franco eine Note übermittelt, in der Einpruch gegen das angeblich mehrfach erfolgte Anhalten britischer Handelschiffe durch nationalspanische Kriegsschiffe erhoben wird. In der Note sollen bindende Zusicherungen gegen eine Wiederholung derartiger Vorfälle verlangt werden.

### Und das im Zeichen der Nichteinmischung!

Frankreich bildet sowjetspanische Piloten aus

Paris, 2. April.

Die "Action française" berichtet, daß die Einweihung der Volksfliegerschule in Agen am Ostermontag, bei der Luftfahrtminister Cot zugegen war, lediglich zur Tarnung der gleichzeitigen Eröffnung des Fliegerlagers Garonne dient habe, in dem nur sowjetspanische Flieger ausgebildet würden. Am letzten Dienstag bereits hätten die ersten zwölf "spanischen" Flieger in diesem Lager mit ihrem Unterricht begonnen. Am Mittwoch seien schon 19 Mann zur Stelle gewesen, die in einem Agen Hotel untergebracht seien. Kein Mensch verheimlicht ihre Anwesenheit dort, und ihre Post erhielten sie direkt ins Fliegerlager zugestellt. Der Lehrer sei ein französischer Reserveoffizier, der bei den bolschewistischen Milizen den Rang eines "Hauptmanns" bekleide und Mitglied der Kommunistischen Partei sei.

Das Blatt schließt seine Ausführungen: Luftfahrtminister Cot begnüge sich also nicht damit, Flugzeuge nach Spanien zu entsenden, sondern organisiere allenthalben die Ausbildung der bolschewistischen Piloten.

## Maßnahmen gegen polnische Studentenverbände

### Mehrere Vereinigungen aufgelöst

Der Kultusminister hat auf Grund der Verordnung über die akademischen Vereinigungen einige Studentenverbände in Warschau und Wilna aufgelöst, in Warschau den "Związek Narodowy Polsciej Młodzieży Radikalnej", die "Młodzież Wschodnia", den "Związek Polsciej Młodzieży Demokratycznej" und den "Legion Młodzieży", auf dem Gebiete der Batory-Universität in Wilna die "Młodzież Wschodnia" und die Korporation "Polesia". Der Minister hat zugleich die Tätigkeit der Selbsthilfsverbände an der Warschauer Universität, am Warschauer Polytechnikum und an der Hochschule für Dorfwirtschaft untersagt. Außerdem ist den Rektoren aufgetragen worden, alle an-

deren akademischen Verbände auf die Notwendigkeit einer genauen Befolgung der geltenden Vorschriften hinzuweisen. Bei Übertretungen sollen die Rektoren die vorgeesehenen Sanktionen sofort in Anwendung bringen und das Ministerium davon in Kenntnis setzen. Es werden auch Maßnahmen zur Sicherstellung des Vermögens der aufgelösten und unterlagen Vereinigungen getroffen werden. Weitere Maßnahmen werden die Gewährleistung einer normalen Arbeit auf dem Gebiete der grundlegenden Amtsgeschäfte bezüglich der Lebensmittel-, Wohnungs- und Sanitätshilfe in den akademischen Küchen, Häusern, Heimen usw. ins Auge lassen.

### Sieht Rumänien vor einem neuen Minderheitenproblem?

In gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen der rumänischen Hauptstadt will man von einem Gesetzwerk wissen, den der rumänische Staat zur Neuregelung der Minderheitenfrage seines Landes plane. Da selbig nach vorläufiger amtlicher Zählung Rumänien zumindest 27 v. H. Staatsangehörige nichtrumänischer Volkszugehörigkeit umfaßt, wird die Bedeutung eines Gesetzes klar, das durch die Schaffung eines Verhältnisschlusses in der öffentlichen und privaten Arbeitsmöglichkeit ein durchaus neues staatsrechtliches Problem aufreißt.

Es hat niemand so sehr wie die deutsche Minderheit des Landes die unmögliche Lage des Rumänenums eingesehen, die dadurch gegeben war, daß die wichtigsten wirtschaftlichen, finanziellen und industriellen Unternehmungen immer mehr in die Hände ausländischer Finanzgruppen oder frisch zugewanderter jüdischer Großunternehmer glichen. Es muß ferner anerkannt werden, daß jene Volksminderheit Rumäniens, die seit Jahrhundern mit dem Rumänenum zusammenlebten, auch für die gegenwärtigen Nöte des Staatsvolkes ein volles Verständnis aufbringen.

Ein Verhältnissystem, welches ohne jede Rücknahme auf natürlich gewachsene Zustandsformen rein schematisch über das ganze Land Rechtsverhältnisse schaffen würde, müßte zu gefährlichen sozialen Erschütterungen führen.

Nach den amtlichen Statistiken von 1918 betrug das Rumänenum der neu erworbenen Gebiete 54 v. H. gegen 46 v. H. Nichtrumänen. Mag auch in diesen neu erworbenen Gebieten unterdessen der Hundertstall des Rumänenums schon allein infolge der Neubesiedlung der öffentlichen Stellen durch Rumänen angewachsen sein, die erst vor kurzem ausgewiesene Statistik erweist den für Rumänen immerhin gesunden Zustand, daß 76 v. H. der Rumänen nicht in den Städten wohnen, sondern Bauern sind. Daraus ergibt sich eine ganz wesentliche Verschiebung der Berufsgruppen zwischen Rumänen und Nichtrumänen.

Ein "Numerus Proportionalis", wie er jetzt geplant wird, würde somit nicht nur den größten Teil der städtischen Minderheitsbevölkerung brotlos machen, sondern er würde auch zwangsläufig dem rumänischen Bauernstand gerade die wertvollsten Elemente entziehen.

Die nationalen Gruppierungen Rumäniens sprechen gegenüber diesem Plan ihr Bedenken auch in der Richtung aus, daß damit der Traum eines Nationalstaates der Wirklichkeit eines



### Das ist das besondere Kennzeichen von KAFFEE HAGI

Das Caffeine ist ihm entzogen. Kaffee Hag ist coffeefrei.

In Fällen von Herzkrankheiten, Nervosität und Schlafstörungen pflegen Ärzte das Caffeine zu verbieten, weil es in solchen Fällen eine Überlastung der Organe und dadurch nachteilige Wirkungen verursachen kann.

Kaffee Hag ist coffeefrei und immer gesund. 41.950 Ärzte im In- und Ausland haben schriftlich bestätigt, dass der coffeefreie Kaffee Hag eine Wohltat ist, vor allem in solchen Fällen, wo Herz und Nerven besonderer Schonung bedürfen.

Hag ist aber nicht nur coffeefrei, es ist echter, reiner Plantagenkaffee von hochstehender Qualität, fachmännisch aus den feinsten Kaffeesorten zusammengestellt. Wer ihn einmal versucht hat, bleibt dabei.



Nationalitätenstaates Platz machen würde. Zurzeit sind konkrete Gesetzesvorschläge noch nicht erlangt.

Die deutsche Minderheit des Landes hat in ruhiger, aber durchaus ernster Form ihren Entschluß kundgetan, sich ihres natürlichen Lebensrechtes nicht berauben zu lassen.

Unter den gegenwärtigen Umständen würde aber nichts schwerer wiegen, als ein erster Bruch zwischen Staatsvolk und dem in diesem Falle wohl schicksalhaft zusammengeschlossenen Abwehrblock der Minderheiten. Der Nutzen dieser aus einem so ungeliebten Kampf würde als lachender Dritter — Moskau sein.

### Ausbau deutscher Friedhofsfriedhöfe in Polen

Vor einem Jahr hat der Volksbund Deutsche Friedhofsfürsorge nach Abschluß der Verhandlungen mit den polnischen Behörden seine Bautätigkeit in Polen begonnen. Er richtete ein Baubüro in Warschau ein und nahm zunächst den Ausbau von vier deutschen Fried-

worden. In der Mitte der Anlage ist ein Denkmal aus Granit ausgeführt und mit einem Steinkreuz aus demselben Material gekrönt. Die Bepflanzungsarbeiten werden in diesem Frühjahr fertiggestellt. Mit dem Ausbau der Ehrenstätte ist im Juli 1936 begonnen worden.

Jessowka. Die Ehrenstätte ist mit einem Wall umgeben und durch eine Hecke aus Wildrosen eingeschlossen. An Stelle der Holzkreuze sind Steinkreuze aus Granit gesetzt.

Mogilny Debowa (Woj. Warschau). Zurzeit werden die Verhandlungen für die Vergabe der Arbeiten durchgeführt. Sobald das geeignete Steinmaterial gefunden ist, werden die Arbeiten in Angriff genommen.

Pruszkow. Die Anlage ist von einer Hecke umgeben; die Gräberfelder sind mit einer Stützmauer eingefasst. Auf der Anlage sind 9 Steinkreuze in Gruppen zu je 3 aufgestellt worden. Die Bepflanzungsarbeiten werden in diesem Frühjahr endgültig fertiggestellt werden.

Die Ausgestaltungspläne für weitere sechs Friedhofsfriedhöfe sind in Arbeit.

### 100 000 USA-Arbeiter wieder im Streik

Detroit, 1. April.

Die amerikanische Automobilindustrie kommt nicht zur Ruhe. Nachdem die Streiks bei den Chrysler- und Hudson-Werken sich wochenlang hingezogen hatten, ist jetzt eine Streikbewegung von Riesenmaßstab aufgeflammt, die die gesamte Automobilindustrie des Staates Michigan erfaßt. Mehr als 100 000 Arbeiter sind in den Städten Detroit, Flint, Pontiac und Lansing wegen Lohnstreitigkeiten und grundfältigen Forderungen erneut in den Streik getreten.

Vertreter des General-Motor-Konzerns haben erklärt, daß sie die neue Streitaktion als einen glatten Bruch des am 12. März getroffenen Abkommens betrachten. Dieser "Streitfriedensschluß" sollte zunächst bis zum 11. Juni gültig sein, um dann beiderseitig mit schriftlicher Frist kündbar zu werden.

### Schweres Explosionsunglück auf einem französischem Truppenübungsplatz

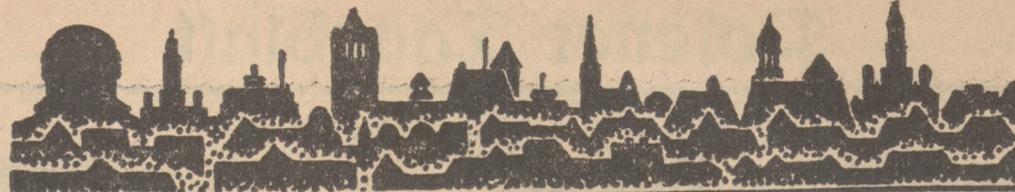
Paris, 2. April.

Der "Matin" meldet aus Reims, daß auf dem Übungsplatz Chalons ein marokkanischer Schütze mit dem Fuß an eine Granate trat, die am Wegrand lag. Die Granate explodierte und tötete den Schützen, verletzte 6 Schützen lebensgefährlich und 16 andere schwer. Außerdem wurden sechs Soldaten, darunter ein französischer Adjutant, leicht verletzt.

gräberstätten in der Wojewodschaft Warschau in Angriff. In den nächsten Jahren wird die Arbeit des Volksbundes auch über die Wojewodschaft Warschau hinausgreifen und fortlaufend allmählich das gesamte große Arbeitsgebiet in Polen erfassen. Über das bisherige Ergebnis dieser Arbeit ist zu berichten:

Humain. Der deutsche Ehrenteil ist durch eine 2 m hohe Stützmauer aus Granit eingefasst

# Aus Stadt



# und Land

## Hirtendienst

Joh. 21, 15–19.

Die nachsterliche Zeit berichtet uns von den Erscheinungen des Auferstandenen im Kreise der Jünger. So ist er zu Simon Petrus gekommen, um ihm, dem Manne, der ihn doch verleugnet hat, das große Vertrauen zu schenken, ihm den Hirtendienst an seiner Gemeinde zu übertragen. Das Examen, das er mit ihm am See Genesareth hält, hat ja nur diesen Sinn, dem Apostel zum Bewußtsein zu bringen, daß nur der geeignet ist, die Osterbotschaft weiterzutragen und den Menschen den Namen zu verkündigen, der über alle Namen ist, dessen Herz ganz dem Herrn gehört. Wo aber Liebe zum Herrn da ist, da ist auch der Jünger berufen, das Wort vom Leben weiterzutragen in eine tote, arme Welt. Das ist die Aufgabe der Gemeinde Jesu Christi, die hier in Petrus verkörpert vor ihrem Herrn steht und ihres Hirtenamtes, die Lebensströme, die Ostern entfesselt hat, in die Welt zu leiten, daß die da Leben wecken und Frucht reisen lassen zu seiner Ehre. Die Botschaft der Kirche ist nichts anderes als Lebensbotschaft, Verkündigung, daß der Herr auferstanden, lebt und regiert in Ewigkeit. Das macht uns zu „Schafen seiner Weide“, wie der Psalm sagt. Jene Stunde am See Genesareth ist die Geburtsstunde des Amtes, das die Verjährung predigt. Seitdem geht des Herrn Weisung durch die Zeiten: Weide meine Schafe, weide meine Lämmer. Groß und klein, alt und jung soll die Botschaft vom Auferstandenen hören und von ihr leben, wie die Herde lebt von der grünen Weide, auf die sie der Herr führt. Darum danken wir dem Herrn, daß er uns dies Amt gegeben hat, und die Gemeinde Christi soll es als eine heilige Verpflichtung empfinden, dieses Hirtenamt mit ihrer Fürbitte zu tragen. Menschenhände, in die der Herr den Hirtenstab legt, sind schwache Hände, aber der wird trotzdem solchen Stab recht führen, der auf des Herrn Frage die Antwort geben kann: Ja, Herr, du weißt, daß ich dich lieb habe. Gott segne den Hirten Dienst heiliger Jesu Liebe.

D. Blau - Posen.

## Stadt Posen

Freitag, den 2. April

Sonntag: Sonnenaufgang 5.24, Sonnenuntergang 18.30; Mondaufgang 1.19, Monduntergang 9.19.

Wasserstand der Warthe am 2. April + 2,58 gegen + 2,64 Meter am Bortage.

Wettervorhersage für Sonntag, 3. April: Bei südöstlichen Winden meist bedeckt, zeitweise Regen.

### Wichtige Fernsprechstellen

Fernamt 00, Auskunft 09, Aussicht 49 28, Zeitansager 07.

### Teatr Wielki

Freitag: „Kadettenliebe“  
Sonntag: „Maskenball“

### Kinos:

Apollo: „Flammende Herzen“ (Poln.)  
Metropolis: „Flammende Herzen“ (Poln.)  
Sins: „Katharinen“ (Deutsch)  
Sloane: „Buffalo Bill“ (Engl.)  
Wihora: „Im Schatten einer einsamen Kiefer“ (Engl.)

### Gasspiel des besten Tänzers der Welt

Die Nachricht von dem Auftreten des berühmten Tänzers Harald Kreuzberg in Posen, der am kommenden Montag, 5. April, im Teatr Wielki eine Reihe seiner großen Tanzschöpfungen zeigen wird, hat ungeheure Interesse hervorgerufen. Im Programm des Tanzabends befinden sich u. a.: „Königstanz“, „Babylonlied“, „Orpheus beweint Eurydice“ und „Ungarische Tänze“. Die riesigen Erfolge des deutschen Tänzers versprechen einen genugreichen Abend, den niemand verläumen sollte.

## Deutsche Eltern!

### 2. Schulneulinge von auswärts

Die polnische Schulbehörde hat für die Neuammlung und die Ummeldung der Schüler die Tage vom 4. bis 7. April d. J. festgelegt. In den deutschen Schulen der Stadt Posen, der staatlichen deutschen Volksschule – ul. Kreta 8 – und der privaten Schillervolksschule – Waly Jana III, Nr. 4 – finden die Anmeldung der Schulneulinge und die Ummeldung der Schüler Montag, den 5. April, Dienstag, 6. April und Mittwoch, 7. April in der Zeit von 10–12 und 16–18 Uhr statt.

Wir bitten die Eltern, folgendes genau zu beachten:

### 1. Schulneulinge der Stadt Posen

Alle Kinder, die im Jahre 1930 geboren sind, sind unter Vorlegung der Geburtsurkunde und des Impfscheines bei dem Leiter der staatlichen deutschen Volksschule, Poznań, ul. Kreta 8, an den erwähnten Tagen zur oben angegebenen Zeit anzumelden. Auch für Kinder, die vorzeitig in die Schule eintreten sollen, also Kinder, die im Jahre 1931 geboren sind, hat die Anmeldung bei der öffentlichen deutschen Schule – Kreta 8 – zu erfolgen.

Eltern, die ihre Kinder in die Schillervolksschule – Waly Jana III, 4. einholen wollen, erhalten von der Leitung der staatlichen Volksschule eine Bescheinigung über die erfolgte Eintragung. Mit dieser Bescheinigung melden sie ihr Kind in der Schillervolksschule an. Für Kinder, die 1931 geboren sind, übergeben die Eltern bei der Anmeldung in der Schillervolksschule neben der Bescheinigung des Rektors der staatlichen Volksschule einen in polnischer Sprache verfaßten Antrag an die Schulinspektion der Stadt Posen (Inspektorat Szkoły miasta Poznań – ulica Mickiewicza 27), in welchem sie um Genehmigung für den vorzeitigen Einstieg ihrer Kinder bitten. Dem Antrag ist die Geburtsurkunde beizulegen.

### Weitere Vergünstigungen bei der Lösung der Gewerbescheine

Das Finanzministerium hat ein Rundschreiben erlassen, durch das die bisher bei der Lösung von Gewerbescheinen erteilten Vergünstigungen außerordentlich erweitert werden.

Um die Erledigung der Gesuche zu beschleunigen, hat das Finanzministerium die Finanzämter ermächtigt, über Gesuche von Zuverfennung von Vergünstigungen bei der Lösung der Gewerbescheine im eigenen Bereich selbst zu entscheiden. Bisher wurden alle diese Gesuche vom Finanzministerium erledigt, was natürlich infolge der Arbeitsanhäufung stets recht lange dauerte. Die Finanzämter haben außerdem die Anweisung erhalten, alle Gesuche zu behandeln, sogar diejenigen, die zu spät eingereicht wurden. Die wichtigste Bestimmung des Rundschreibens ist die, daß Finanzämter ermächtigt werden, weitergehende Erleichterungen zu gewähren, als sie im Rundschreiben vom November vergangenen Jahres vorgesehen waren. Ermäßigungen werden auf Grund individueller Gesuche in Fällen gewährt, die eine Berücksichtigung verdienen und die entsprechend begründet sind.

Es sollen weiterhin Vergünstigungen für die Gewerbescheine vergangener Jahre gewährt werden. Solche Vergünstigungen werden erteilt, wenn die Lösung des Gewerbescheins die Rentabilität des Unternehmens bedroht bzw. ein weiteres Bestehen des Unternehmens in Frage stellt. Zu bemerken ist, daß gegenwärtig zahlreiche Gesuche von Unternehmen der Erledigung harren, die nur saisonweise in Betrieb sind.

### Ergänzungen zur Verordnung über den Schutz des Arbeitsmarktes

Der „Dziennik Ustaw“ Nr. 24 vom 31. März 1937 bringt unter Position 160 eine Verordnung des Fürsorgeministers über die Ausführung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 4. Juni 1927 über den Schutz des Arbeitsmarktes, deren einheitlichen Text wir in unserer gestrigen Ausgabe im Wortlaut veröffentlicht haben. Die neue Verordnung besagt u. a., daß ein Arbeitgeber für den Fall, daß ein ausländischer Angestellter im Gebiet mehrerer Województwa tätig werden soll, die Genehmigung von allen Wojewodschaftsbehörden der allgemeinen Verwaltung, die für diese Gebiete zuständig sind, erlangen muß. Den Vorschriften des Artikels 9 Absatz 1, des von uns gestern im einheitlichen Text veröffentlichten Verordnung unterliegen ausländische Angestellte, die seit dem 1. Januar 1922 ununter-

### Immer noch

können Sie bei Ihrem Postamt die Zeitung für April bzw. das 2. Vierteljahr bestellen. Die fehlenden Nummern werden nachgeliefert.

### Gerade jetzt

müssen Sie regelmäßig die Zeitung lesen, damit Sie laufend über die spannenden Ereignisse in der Welt unterrichtet sind. Bestellen Sie sofort das

### „Posener Tageblatt“

ziehen. In der Straßenbahn wurde ihm ein Taschentuch, in dem er seine Bartschaft hatte, entwendet, so daß er ohne Geld für die Heimreise war. Zwei Tage irrte er nun in der Stadt umher und glaubte, einen Bekannten aus der Mogilnoer Gegend zu treffen. Schließlich war er so erschöpft, daß er auf der Straße ohnmächtig zusammenbrach. Die Rettungsbereitschaft erteilte ihm Hilfe.

Die Stadt. Pfandleihanstalt gibt bekannt, daß sie vom 1. bis 15. April wegen Inventuraufnahme geschlossen ist.

### Keine Hilfspflicht der Ärzte außerhalb der Sprechstunden

Im Amtsblatt der Posener Wojewodschaft ist eine Verfügung veröffentlicht, nach der die im Bereich der Stadt Posen praktizierenden Ärzte von der Hilfspflicht außerhalb der Sprechstunden befreit werden. Diese Verfügung wird damit begründet, daß die Rettungsbereitschaft des Arztesverbandes (55 55) und die Piasten- und Rettungsvereinigung (66 66) sowie die Rettungsbereitschaft der Frauenklinik (64 10) in solchen Fällen zuständig sind und ausreichende Hilfe bringen.

### Sinfoniekonzert mit einer Mexikanerin

Das nächste Sinfoniekonzert im Teatr Wielki findet am Dienstag, 6. April, statt. Solistin des Abends, der unter Leitung des Herrn Nowowiejski steht, ist die mexikanische Pianistin Angelita Morales, die das E-moll-Konzert von Beethoven spielen soll.

### Wochenmarktsbericht

Im Gegensatz zum vorigen Markttag hatte der Freitagswochenmarkt einen lebhaften Betrieb aufzuweisen, zeigte ein reiches Warenangebot und war von Käuferinnen gut besucht. Die Preise haben sich wenig geändert. Etwas billiger geworden. Man verlangte für Tischbutter 1,60, für Landbutter 1,40, Weißfleisch 30–40, Milch 18, Sahnenfleisch 60–70, Sahne pro Butterlitter 30–38, die Mandel Eier kostete 1,10, Buttermilch 12. — Auf dem Fleischmarkt waren folgende Durchschnittspreise vermerkt: Schweinefleisch 70–100, Rindfleisch 70–100, Hammelfleisch 70–90, Kalbfleisch 70 bis 120, Kalbsleber 1–120, Rinder- und Schweineleber 50–80, roher Speck 80–85, Rinderfleisch 1,00, Schmalz 1,10, Gedächtnis 60–80. — Den Geflügelhändlern zahlte man für Hühner 1,80 bis 3,50, Enten 3–6, Gänse 3,50–8, Tauben das Paar 80–120, Puten kosteten 3,50–9, Perlhühner 2–3, Kaninchen 80–80. — Der Gemüsemarkt lieferte ein größeres Angebot an Salat, Radieschen und Rhabarber. Man forderte für Möhren 10–20, Salat das Köpfchen 20–30, Rhabarber 35–60 d. Pfds., grüne Bitterkirsche 5 d. Pfds., Schnittlauch 5, Sultaninen 1,30 d. Pfds., rote Rüben 10 d. Pfds., Bratkartoffeln 2 Pfds., 15, Reitliche 20, Kartoffeln 4–5, Salatkartoffeln 15, Schwarzwurzeln 30–35, Rosenkohl 50–80, Grünkohl 15 bis 20, Spinat 50–80, Weißkohl 20, Wirsingkohl 20 d. Pfds., Rotkohl 20 d. Pfds., Sauerkraut 15–20 d. Pfds., Bananen 35–45 d. Std., Apfelsinen d. Stück 10–40, Zitronen 15–18, Apfels 20–80, Bagobst 80–130, Hagebutten 80, Moosbeeren 40–50, getr. Pilze ½ d. Pfds., 60–100 Pflockenmus 70, Mohn 40, getr. Apfels ½ d. Pfds., saure Gurken 5–15, Walnüsse 1,00, Kürbis 10–15. — An den Fischständen war die Auswahl an lebender und toter Ware groß, die Preise sind nicht herausgelegt. Seichte kosteten pro Pfds. lebend 1,40, tot 1,10–1,20, Schleie

brochen in Polen aufzuhalten. Als Unterbrechung des Aufenthalts wird eine Auslandsreise nicht angesehen, wenn sie vorübergehenden Charakter hatte oder nicht mit der Absicht verbunden war, das polnische Staatsgebiet für immer zu verlassen. Die Vorschriften vorliegender Verordnung gelten in denjenigen Gebieten oder Arbeitszweigen, bezüglich derer vom Ministerrat durch die Verordnung vom 20. Februar 1931 (Dz. U. R. P. Nr. 18, Pos. 98) die Anwendung der Vorschriften der Verordnung vom 4. Juni 1927 über den Schutz des Arbeitsmarktes angeordnet wurde oder mit späteren Verordnungen angeordnet werden wird. Die neue Verordnung tritt wie der einheitliche Text am 1. April d. J. in Kraft. Zugleich verliert die im Einvernehmen mit dem Inneminister, dem Außenminister und dem Minister für Handel und Gewerbe erlassene Verordnung des Arbeits- und Fürsorgeministers vom 28. April 1932 (Dz. U. R. P. Nr. 51, Pos. 488) über die Ausführung der Artikel 6, 7 und 8 der Verordnung vom 4. Juni 1927 ihre Gültigkeit.

In demselben „Dziennik Ustaw“ sind auch die Formulare abgedruckt, wie sie für die Gesuche um Genehmigung der Beschäftigung von Ausländern und für die Benachrichtigungen über die Beschäftigung von Ausländern sowie die Entlassung ausländischer Angestellter zu verwenden sind. Ferner ist ein Muster der besonderen Bescheinigungen, von denen in Art. 9 der Verordnung die Rede ist, zum Abdruck gekommen.

**Ev.-luth. Kirche.** Wie bereits mehrmals in der Kirche bekanntgegeben, sollte am Dienstag, 6. April, Missionar Blumer vom ostafrikanischen Missionsfeld (Leipziger Mission) in Posen einen Missionsvortrag halten. Dieser Vortrag muß ausfallen, da der Vortragende keine Einreise genehmigung erlangt hat.

**Schwächeanfall eines Kriegsinvaliden.** In der Grunwaldzka erlitt gestern der 65jährige Kriegsinvalid Michael Lewandowski aus Bachorowo, Kreis Mogilno, einen Schwächeanfall. Er war vor zwei Tagen nach Posen gekommen, um sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

**Ein hinreißendes Lied von Liebe und Glück**

**Stradivari**

Gitarre Fröhlich — Sibylle Schmitz  
Berauschende ungarische Musik, ein Film voller Ereignisse  
Erstaufführung morgen, Sonnabend, im Kino „Sloane“.

R. 811.

### Hanka Ordonówna tritt in Posen auf

Die bekannte polnische Liederjängerin Hanka Ordonówna, die sich mit ihrer schönen Stimme nicht nur die polnische Deutschtüchtigkeit, sondern auch schon das Ausland erobert hat, tritt am 3. April, abends 11 Uhr im Kino „Sloane“ auf. Hanka Ordonówna wurde in Deutschland, wo sie in Berlin, München und anderen Städten sang, als größte polnische Liederjängerin bezeichnet. Von ihrer guten Stimme war man allgemein begeistert. Sie singt in Posen unter anderem: „Lumpaci-Bagabundus“, „Warum gibt es soviel Tage“ und „Die heutigen Frauen“. Die große Beliebtheit der Künstlerin und ihr außergewöhnliches Talent werden ihr auch diesmal den Erfolg sichern und recht viele Besucher ins Kino „Sloane“ führen. Eintrittskarten sind im Preis von 1–4 Złoty im Verkauf bei Sarejbowksi zu haben.







